

A n t r a g

der Fraktion der AfD

Nein zu Eskalation und Kriegsbeteiligung: Thüringen muss im Sinne von Frieden und Diplomatie wirken und sich für die Wiedereinsetzung der Reichweitenbeschränkung deutscher Waffen in der Ukraine einsetzen

I. Der Landtag stellt fest:

1. In ihrem Koalitionsvertrag bekennen sich die Thüringer Regierungsparteien zum „Frieden in Europa“ und fordern, „alle diplomatischen Initiativen zu unterstützen, den von Russland gegen die Ukraine entfesselten Angriffskrieg zu beenden“. Zudem erkennt der Koalitionsvertrag ausdrücklich die Verantwortung des Freistaats Thüringen an, „den inneren wie äußeren Frieden zu fördern“. Diese friedenspolitischen Leitlinien verpflichten die Landesregierung zu einer klaren Distanzierung von jeder Form außenpolitischer Eskalation.
2. Die Aufhebung der sogenannten Reichweitenbeschränkung von in die Ukraine gelieferten deutschen Waffen durch den Bundeskanzler stellt eine gravierende Eskalation in der deutschen Politik gegenüber dem Ukrainekrieg dar. Diese Entscheidung bedeutet eine weitere Entgrenzung bei deutschen Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet und birgt die reale Gefahr, dass Deutschland zur direkten Kriegspartei wird.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich öffentlich und unmissverständlich von der Eskalationspolitik der Bundesregierung und insbesondere von der Aufhebung der Reichweitenbeschränkung deutscher Waffen in der Ukraine zu distanzieren;
2. sich gegenüber der Bundesregierung und der Regierungskoalition des Bundes für eine Rücknahme der Entscheidung zur Aufhebung der Reichweitenbeschränkung einzusetzen;
3. alle ihr zur Verfügung stehenden politischen und diplomatischen Kanäle zu nutzen, um sich für eine Politik der Friedensförderung und Vermittlung im Russisch-Ukrainischen Krieg starkzumachen – auch im Sinne der im Koalitionsvertrag von CDU, BSW und SPD proklamierten Verpflichtung des Freistaats Thüringen, „den inneren wie äußeren Frieden zu fördern“.

Begründung:

Der Koalitionsvertrag der Thüringer Regierungsparteien enthält ein Bekenntnis zu einer diplomatischen Lösung des Ukraine-Kriegs und verweist auf die Verantwortung des Freistaats Thüringen für den inneren wie den äußeren Frieden. Die Bundesregierung unter Führung des aktuellen Bundeskanzlers hat mit der Aufhebung der Reichweitenbeschränkung für deutsche Waffen in der Ukraine eine für Deutschland und Thüringen gefährliche Situation geschaffen. Diese Entscheidung hat die Befähigung des ukrainischen Militärs zur Nutzung von aus Deutschland gelieferten Waffensystemen für Angriffe auf russisches Territorium zur Folge, trägt so zur Eskalation des Konflikts bei und birgt die Gefahr, dass Deutschland zunehmend als direkte Kriegspartei wahrgenommen werden kann. Das hätte auch für Thüringen unabsehbare Folgen.

Es gehört zur politischen Verantwortung der Landesregierung, ihre friedenspolitischen Leitlinien mit Nachdruck zu vertreten – insbesondere auch durch aktives politisches Handeln zugunsten von Frieden und Diplomatie.

Für die Fraktion:

Muhsal